

# Netzurückkauf – die Macht der Energiekonzerne begrenzen!

*Bis 2015 laufen nach Schätzungen des Verbandes kommunaler Unternehmen rund 8.000 Stromkonzessionsverträge aus. Nicht für jede Kommune ist eine Netzübernahme grundsätzlich sinnvoll. Doch die Zahl der Städte und Gemeinden, die ihr Stromnetz wieder selbst betreiben wollen, ist mit 100 Netzübernahmen auffällig gering. Dabei können Kommunen mit Stromnetzrückkäufen ggf. im Verbund mit anderen Kommunen nicht nur zusätzliche Gewinne machen, sondern auch neue Handlungsmöglichkeiten für eine lokale klimaschonende Energiepolitik schaffen.*

*Die von Bündnis 90/Die Grünen beauftragte Studie des Wuppertaler Instituts für Klima, Umwelt, Energie beleuchtet, warum viele Kommunen ihre Potenziale zum Stromnetzrückkauf nicht ausschöpfen. Sie deckt in Fallstudien zum Teil perfide Methoden auf, wie Stromkonzerne kommunale Entscheider etwa durch Sponsoring-Leistungen beeinflussen, aber auch durch Verunsicherung und Verzögerungen unverblümt ihre Markt- und Wissensmacht gegen die Kommunen einsetzen.*

*Das Zurückhalten wichtiger Daten ist ebenso inakzeptabel wie aufwendige Rechtsstreite um den Rückkaufswert des Netzes. Hier muss der Gesetzgeber unbedingt für Rechtssicherheit sorgen. Wir Grüne haben bereits im Oktober 2010 einen entsprechenden Gesetzentwurf zur Änderung des § 46 Energiewirtschaftsgesetzes (BT-Ds. 17/3182) in den Bundestag eingebracht, der von der schwarz-gelben Mehrheit abgelehnt wurde.*

*Die kommunale Selbstverwaltung ist eben auf der schwarz-gelben Agen-*

*da ganz unten angesiedelt. Offenkundig wird dies auch bei der aktuellen Debatte um die EU-Richtlinie für sog. Dienstleistungskonzessionen. Hier unterstützt die Merkel-Regierung die Europäische Kommission offensiv dabei, die Versorgung mit Trinkwasser und die interkommunale Zusammenarbeit (z.B. durch Zweckverbände) einem europaweiten Vergabeverfahren zu unterwerfen (siehe hierzu unsere Bundestagsinitiative Ds. 17/12394). Sie arbeitet aktiv daran, die Rahmenbedingungen für die wirtschaftliche Betätigung von Kommunen einzuschränken. Statt die Städte und Gemeinden bei Rekommunalisierungen zu unterstützen, geht es ihr darum, Marktzugänge für Konzerne zu stärken oder wie beim Trinkwasser sogar auszuweiten.*

*Wir Grüne vor Ort sollten uns jedoch nicht von den Methoden der Energiekonzerne und den Erschwernissen durch EU-Vorgaben kleinkriegen lassen. Rekommunalisierung und Netzurückkäufe sind zwar kein leichtes Geschäft. Doch wenn man die Tricks der Großen – wie sie die Wuppertaler Studie darlegt – kennt, sind wir zumindest gut gewappnet.*

**Britta Haßelmann**

➔ MdB Britta Haßelmann ist Parlamentarische Geschäftsführerin und kommunalpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen. [www.britta-hasselmann.de](http://www.britta-hasselmann.de).

Ein Beitrag über die Studie des Wuppertaler Institutes ist auf den Seiten 22 f. in dieser Ausgabe zu finden.



Britta Haßelmann  
F.: B'90/Grüne im Bundestag